



August 2011
BRASILIEN

Das neue brasilianische Waldschutzgesetz (Código Florestal) - Modifikation und mögliche Konsequenzen

Von Fabian Federl

Am 24. Mai diesen Jahres wurden Änderungen im aus 1934 stammenden Waldschutzgesetz (Código Florestal) vorgenommen. Das Gesetz wurde im Laufe der Zeit mehrfach überarbeitet, doch die 2011 vorgeschlagenen Änderungen sind umstritten. Trotz fehlendem Halt in der Bevölkerung wurde es mit 410 zu 63 (und einer Enthaltung) verabschiedet. Die Gesetzesänderung ist kritischer Meinungen nach ein Rückschlag für die letztlich immer stärker verfolgten Nachhaltigkeits- und Umweltbestrebungen Brasiliens und wurde von zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen, Parteien, Umweltorganisationen, der katholischen Kirche und sogar der eigenen Regierung kritisiert. Auf der anderen Seite stehen die „Ruralistas“, einer Gruppe von Landwirten und Großgrundbesitzern, die Eigentumsrechte verteidigen wollen, sowie einige kleinere Landwirtschaftsorganisationen und Aktivisten.

Die Geschichte des Código Florestal ist geprägt durch die Opposition zwischen wirtschaftlichen Interessen und Naturschützern, ihr Ursprung jedoch liegt anderswo. Als unter der Regierung Getúlio Vargas (1930-45) das Gesetz erstmals aufgesetzt wurde, ging es um den Schutz der Energiezufuhr. Zu dieser Zeit wurde die überwältigende Mehrheit der Energie für Haushalte aus Holz und Kohle gewonnen. Die Stadt

nahen Wälder wurden für die Energiegewinnung benutzt. Doch als Brasilien in den 30er Jahren einen Boom der Kaffeeindustrie im hoch bevölkerten Südosten des Landes erlebte, wurden stadtnahe Wälder zugunsten von Kaffeeplantagen abgeholzt. Dadurch verlängerten

sich die Transportwege des für die Energiezufuhr der Städte nötigen Holzes. Dies führte zum Anstieg der Holzpreise in den urbanen Gebieten. Daher wurde ein Gesetz verabschiedet, um die stadtnahe Waldpopulation zu sichern und somit auch die Energiezufuhr. Dieses Gesetz besagte, dass ein Viertel allen Landes, das ein Bürger besitzt, seine ursprüngliche Vegetation zu behalten habe. Falls der Landbesitzer seinen Boden für die Holzproduktion benutzte, musste dieser mit heimischen Bäumen wiederbepflanzt werden.

In den 60er Jahren gab es dann Diskussionen um die Änderung dieses Gesetzes, motiviert durch Ängste, der brasilianische Staat könnte seinen Souveränitätsanspruch auf das Amazonasgebiet verlieren. Gekoppelt war dies mit Bestrebungen nach Erschließung des Regenwaldes und Sicherung der Grenzen im Norden. Die Quote des zu erhaltenden Landes wurde von 25% auf 50% erhöht. 50% des Gebietes eines Landgutes würden damit unter „Naturschutz“ stehen. Die Regierung rechnete damit, dass Grundbesitzer so

ONLINE-PUBLIKATION

AUGUST 2011

www.kas.de/brasilienwww.kas.de

mehr Land erwerben würden, um ihre Nutzfläche gleich groß zu belassen. Dies würde dann effektiv das von Brasilianern besessene Land vergrößern und vor Eigentumskonflikten an den damals verwaschenen Staatsgrenzen schützen. In diesem überarbeiteten Gesetz fanden sich aber auch erstmals „echte“ Naturschutzregeln, wie der Einführung von „Áreas de Preservação Permanente“ (APP).

In den 80er und 90er Jahren wurden weltweit die Rufe nach Umweltschutzmaßnahmen lauter. Auch der Weltgipfel ECO92 in Rio brachte die Frage des Naturschutzes auf die Agenda der brasilianischen Politik. 1996 kam es zu einer weiteren Überarbeitung der Legislatur. Die Schutzflächen wurden von 50% auf 80% erhöht, weitere Änderungen vorgenommen und eine Kommission eingerichtet. Diese Kommission sollte die Umsetzung des Gesetzes sicherstellen und möglicherweise neu anfallende Anpassungen diskutieren. Vorsitzender dieser Kommission war Moacir Micheleto, welcher bei den Änderungen 2011 auch mitgewirkt hat.

Antonio Donato Nobre des INPE (Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais) merkte an wie die Gesetzesänderung ohne Berücksichtigung der Wissenschaft gemacht wurde. Nobre hatte zusammen mit anderen Forschern für die Brasilianische Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaften (Sociedade Brasileira para o Progresso da Ciência, SBPC) eine Studie veröffentlicht, in der Probleme im Gesetzesentwurf entdeckt und Verbesserungsvorschläge gemacht wurden. Die Forschungsergebnisse wurden allen Abgeordneten im Parlament und einigen Ministern vorgelegt. Einige der Kritikpunkte sind zum Beispiel die Freigabe der Fluss- und Seenufer, welche einen großen Teil des Nährstoffflusses ausmachen, die Wasserqualität bedeutend beeinflussen und vor Erosionen schützen. Diese

standen zuvor fast komplett unter Naturschutz. Ein weiterer Punkt ist die Regelung, dass von Landwirten benutzte Flächen an anderen Orten kompensierend wieder aufgeforstet werden müssen. Der neue Gesetzesentwurf schreibt nicht mehr vor, wo diese Aufforstungen zu sein haben. Dies mache es möglich große Landstriche mitten im Regenwald abzuholzen und die Aufforstung an Orten mit nährstoffärmeren Böden, unterschiedlicher Flora etc. durchzuführen. Somit würde keine ökologische Äquivalenz erreicht. Besonders problematisch ist hier der Vorschlag der Amnestie für Landwirte mit bis zu vier „módulos fiscais“ (in Brasilien verwendete Einheit der Landwirtschaft: 80 bis zu 1200 Hektar Land, je nach Lokalisation). Die Amnestie befreit diese Landwirte von der Strafe für nicht betriebene Aufforstung und macht diese zukünftig nicht mehr obligatorisch. Der Bericht der SBPC ruft auf zu mehr gesellschaftlicher Mitsprache und sieht als Hauptaufgabe des Código Florestal ein stimulierendes Naturschutzgesetz, das eine sozial, ökonomisch und umweltlich nachhaltige ländliche Wirtschaft möglich macht. Weiterhin bemerkte Nobre, dass die Gesetzesänderung durch den Lobbyismus der „Ruralistas“ entstanden sei. Seine Meinung ist, dass der neue Código Florestal ein großer Schritt zurück sei, auch für die Landwirtschaft.

Die „Ruralistas“ sehen im alten Gesetzesentwurf einen Einschnitt in ihre Rechte und ihr Eigentum. Das Hauptproblem hier sind die „Reservas Legais“, Naturschutzgebiete, welche im Gegensatz zu APP auf Privatgrund liegen und in denen strikte Naturschutzregeln gelten. So mussten 80% der Oberfläche eines Grundstücks im Amazonasgebiet in ihrer ursprünglichen Form und ohne Veränderung der Vegetation erhalten bleiben. In der brasilianischen Savannenlandschaft Cerrado war die Quote 35% und im Rest des

ONLINE-PUBLIKATION

AUGUST 2011

www.kas.de/brasilienwww.kas.de

Landes 20%. Der neue Gesetzesentwurf würde die zu erhaltenden Gebiete im Amazonas auf 50%, im Cerrado auf 20% reduzieren. Den Landwirten mit bis zu 4 „módulos fiscais“ würde die Quote komplett erlassen. Auch die APP, die größtenteils in ökologisch kritischen Regionen wie Flussufern, steilen Hängen und auf Hügeln liegen, sollen für die Landwirtschaft freigegeben werden.

Nicht nur aus Sicht der „Ruralistas“, sondern auch aus der Sicht der kleinen Agrikulturbetriebe scheint das neue Gesetz sinnvoll. Jene Bauern, die wenig besitzen, können es sich nicht leisten 80% ihres Landes zu schützen. Viele Menschen in der Amazonasregion sind selbstversorgende Landwirte, für die es oftmals eine Frage des Überlebens ist wie viel Ertrag sie einfahren. Das Statistikamt IBGE (Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística) hatte noch vor kurzem neue Daten veröffentlicht, die besagen, dass 30% aller Brasilianer unter der Armutsgrenze leben, ein unproportional großer Teil davon in Amazonien. Auch indigene Bevölkerungen und „caboclos“ (Halb-Indigene, die oftmals an den Flussufern des Amazonas und dessen Nebenflüsse leben) dort brauchen oftmals mehr als das erlaubte Land um sich und ihre Familien zu ernähren. Der alte Código hat sie dadurch faktisch zu „Kriminellen“ gemacht. Diese Argumente halten Kritiker für nicht zureichend.

Die ersten Bestrebungen das Gesetz zu ändern, wurden schon in den 1990er Jahren gemacht, mit Vertretern der Ministerien für Landwirtschaft, Umwelt und Entwicklung. Da jedoch auch nach Jahren kein Konsens gefunden werden konnte, wurde das Komitee 2009 aufgelöst. Ein Jahr später gründete der „Ruralista“ Moacir Micheletto eine neue Gruppe, die einen neuen Gesetzesentwurf erstellen sollte. Unter Kritikern wird oft die Geschwindigkeit der Durchsetzung des Vorschlages, fast

ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und Regierung unterstrichen, die 2010 mit den Wahlen beschäftigt war. Marina Silva, die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der Grünen Partei (PV) betonte, dass ein solch polarisierendes Gesetz nicht während der Wahlzeit durchgesetzt werden sollte. Politiker würden sich aus Angst vor Wähler- und Investorenverlusten in Wahlzeiten oft aus kontroversen Themen heraushalten.

In ihrem ausführlichen Bericht zum „Código Florestal“ nennt die WWF (World Wide Fund For Nature) die vier großen Kritikpunkte an der Gesetzesänderung: Die Amnestie, die Reduzierung der „Reservas Legais“ und der APP, das Erlassen der Naturschutzquoten für kleine Landwirtschaftsbetriebe mit bis zu vier „módulos fiscais“ und die Zulassung der Kompensierung von abgeholzten Gebieten in anderen Bundesstaaten und hydrographischen Becken. Der Organisation zufolge sei eine Konsequenz der Amnestie das Gefühl von Straffreiheit, besonders in Regionen mit fehlender Präsenz des Staates wie dem Regenwald. Die Motivation der Gesetzestreue derer, die die Quoten bis jetzt einhielten, würde durch die Amnestie untergraben und würde Anreiz schaffen nicht mehr kostenintensive Aufforstungen zu betreiben. Brasilien hatte jüngst mit Überflutungen und Erdbeben, darunter der größten Naturkatastrophe in der Geschichte des Landes im Bundesstaat Rio de Janeiro, zu kämpfen. Die Aufhebung der APP an Hängen und Hügeln könnte, so die WWF, zu weiteren Naturunglücken führen. Weiterhin würde die Quote für Kleinbauern nicht den sozioökonomischen Hintergrund der Landwirte berücksichtigen, sondern dafür sorgen, dass Großgrundbesitzer ihr Land fragmentieren. Sie würden ihren Familienmitgliedern oder Geschäftspartnern Teile ihres Guts überschreiben um so den Quoten zu entgehen. Als Schät-

ONLINE-PUBLIKATION

AUGUST 2011

www.kas.de/brasilienwww.kas.de

zung der Verluste von Naturschutzgebieten nennt die WWF 30 Millionen Hektar Land, von denen 20 Millionen im Amazonasgebiet lägen.

In Kopenhagen sagte Brasilien zu, eine Reduzierung von 39% CO₂ bis 2020 vorzunehmen und hat sich auch sonst in den letzten Jahren ein grüneres Profil gegeben. Dies ist nicht zuletzt sichtbar geworden durch das überraschend hohe Wahlergebnis der Grünen Partei in den Wahlen 2010. Greenpeace berichtet jedoch, dass die Durchsetzung des neuen „Código Florestal“ rund 80% des Amazonas für die Abholzung freigeben würde und das „Instituto de Pesquisa Ambiental da Amazônia“ spricht von 25-31 Milliarden Tonnen CO₂ zusätzlich, sollte das Gesetz so durchgesetzt werden. In 2007 alleine wurde eine Fläche von 320.000 Hektar Land in Amazonien gerodet, zwischen August 2009 und August 2010 hat die Entwaldungsrate um 47% abgenommen. Kritiker befürchten jedoch, dass dies mehr mit der Weltwirtschaftskrise und der einhergehenden verringerten Nachfrage zu tun hatte, als mit der Politik des Landes. Brasilien hat sich als Ziel gesetzt die Rodungen um 80% bis 2020 zu verringern. Die Umweltauswirkungen von Rodungen sind nicht komplett abzusehen. Eine Studie der NASA aus 2005 besagt zum Beispiel, dass die Rodungen im Amazonasgebiet den Niederschlag in Mexiko, der Karibik und den Südstaaten der USA beeinflusse, Orte, die regelmäßig von Fluten betroffen sind. Die IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) nennt Rodung zusammen mit Verbrennung fossiler Brennstoffe als die zwei wichtigsten Faktoren bei globaler Erwärmung. Der Rodung kommen hier 17,4% der weltweiten CO₂ Emissionen zu. Das UNEP (United Nations Environment Programme) in Zusammenarbeit mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung rechnet, dass im Amazonasbecken rund 120 Milliarden Tonnen

CO₂ gespeichert sind. Das entspricht mehr als dem 100-fachen der jährlichen CO₂ Emissionen in Deutschland. Dieses CO₂ würde, dem Institut zufolge, durch die Rodung freigesetzt.

Brasiliens ländliche Regionen sind traditionell von Großgrundbesitzern regiert worden und deren Einfluss bleibt bis heute bestehen. Vor allem die Emenda 164, ein Gesetzeszusatz, der den Bundesstaaten das Recht zugestehen würde über die Waldschutzgebiete zu entscheiden, wurde heftig diskutiert und sogar die Präsidentin des Landes, Dilma Rousseff, machte klar, dass sie diesen Zusatz per präsidialem Veto verhindern werde.

Der Gesetzesentwurf, dem durch das Abgeordnetenhaus zugestimmt wurde, wartet nun noch auf die Freigabe durch den Senat. Verschiedene Medien berichteten schon über Teile des Entwurfes, dem der Senat nur nach Überarbeitung zustimmen werde, darunter Techniken zur effektiveren Umsetzung der Gesetze und deren Einhaltung und eine restriktiverer Ansatz zur Nutzung der APP. Ob in welcher Form der Entwurf durchgewunken wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall wäre mehr Beteiligung der Öffentlichkeit und Medien wünschenswert, da die Auswirkungen viel weitreichender sind als nur die Amazonasregion.

Fabian Federl -
Studiert Allgemeine
Sprachwissenschaft an der
Eberhard-Karls Universität
Tübingen und war bei der
KAS von August bis Okto-
ber 2011 tätig.